

expertentipp:

▶ Stefan Eder

Ausblick für 2003

Viele Anleger fragen sich, wie man sich in seinen Anlageentscheidungen für 2003 positionieren sollte. Nach Einschätzung von Schroders sind die Aussichten im neuen Jahr insgesamt positiv, doch existieren nach wie vor genügend Unsicherheitsfaktoren bezüglich der wirtschaftlichen Perspektiven.

Es ist ermutigend, dass sowohl die amerikanische Notenbank als auch die Europäische Zentralbank die Zinsen gesenkt haben. Im kommenden Jahr hat sowohl die US-Notenbank als auch die EZB noch Spielraum für neuerliche Zinssenkungen im Umfang von etwa 50 Basispunkten.

Schroders erwartet lediglich eine graduelle Verbesserung beim Wirtschaftswachstum und bei den Unternehmensgewinnen in den nächsten zwölf Monaten. Dieser Prognose liegt eine etwas vorsichtigere Einschätzung der USA zu Grunde. Natürlich hängt dabei sehr viel von der Lösung des Irak-Konfliktes ab.

Alles in allem geht Schroders davon aus, dass das anstehende Jahr für Aktieninvestoren besser ausfällt als die letzten drei und favorisiert dabei Europa und die Emerging Markets. Bei festverzinslichen Anlagen bevorzugt Schroders qualitativ gute Unternehmensanleihen weltweit und hochwertige Rentenpapiere aus Schwellenländern.

Steuern sparen mit Zahnbehandlung

Wenngleich in diesen Wochen steuerlich einiges in Bewegung ist, an den „außergewöhnlichen Belastungen“ bei der Lohn- und Einkommensteuer wird wohl nicht gerüttelt. Die Liste der Aufwendungen, die sich steuermindernd auswirken können, ist lang und vielfältig. Der Eigenanteil bei der Zahnbehandlung gehört auf jeden Fall dazu. Ob dies im Einzelfall zu einer Steuerminderung führt, hängt ab von der Höhe des Einkommens, dem Familienstand und der Zahl der Kinder. Dazu hat jetzt die Zahnärztekammer Schleswig-Holstein ein entsprechendes Informationsblatt mit dem Titel „Zahnbehandlung und Steuern“ herausgegeben. Es liegt in diesen Wochen in allen schleswig-holsteinischen

Zahnarztpraxen aus und ist dort kostenlos erhältlich. Alle Kosten, die einem Patienten durch Eigenbeteiligung an den Krankheitskosten entstehen, also nicht von der Krankenkasse übernommen werden, können laut § 33 des Einkommensteuergesetzes zusammen mit anderen anerkannten Aufwendungen als „außergewöhnliche Belastung“ abgesetzt werden. So gilt auch für 2003: Belege sammeln und für die nächste Einkommensteuererklärung oder den Lohnsteuerjahresausgleich aufbewahren.

tipp:

Im Internet bietet die Zahnärztekammer Schleswig-Holstein die Möglichkeit, diese persönliche Grenze des jährlichen steuerlichen Grenzbetrags selbst zu ermitteln: www.zahnaerztekammer-sh.de, Rubrik „Patientenhotline“.

Geldanlage mit sicheren Zinsen

Wer regelmäßig sparen will, hat es derzeit schwer, sein Geld gut verzinst und sicher anzulegen: An den krisengeschüttelten Börsen ist das Ersparnis nicht sicher, und bei Produkten mit garantierter Verzinsung sinkt die Rendite auf immer neue Tiefststände. So werfen Bundesschatzbriefe bis zu einer Laufzeit von vier Jahren noch nicht einmal mehr drei Prozent

Durchschnittsrendite ab, erst ab fünf Jahren Halte-dauer steht dort eine drei vor dem Komma. Ähnlich sieht es bei Banksparrplänen aus, fast alle Anbieter liegen unter vier Prozent. Wer jeden Monat einen kleinen Betrag sicher weglegen möchte, der muss lange Ausschau halten, um bei einem Sparhorizont von fünf Jahren vom ersten Jahr an über vier Prozent Guthabenzins zu erhalten. Eine Ausnahme bildet die Frankfurter Direktbank DiBa.

Hier erhält der Anleger für Banksparen 4,25 Prozent pro Jahr gutgeschrieben. Wer jeden Monat 100 EUR einzahlt, bekommt nach fünf Jahren 6.682 EUR ausgezahlt – und das ohne Unsicherheiten und zusätzliche Kosten. Zum Vergleich: Geldmarktfonds sind zwar ebenfalls eine sichere Anlage mit vergleichbaren Renditen, bringen aber nach Abzug von Ausgabeaufschlag und jährlicher Verwaltungsgebühr meist weniger Rendite. (bia)

Ausländische Fondsverbände wehren sich gegen Benachteiligung

Ausländische Fonds- und Bankenverbände haben die derzeit vorgesehene Besteuerung von ausländischen Investmentfonds scharf kritisiert und fordern entsprechende Änderungen im laufenden Gesetzgebungsverfahren. Neben der nach wie vor im Gesetzesentwurf enthaltenen doppelten Besteuerung profitierten Auslandsfonds nicht vom so genannten Halbeinkünfteverfahren, der für deutsche Fonds gilt, kritisierte Steffen Matthias, Generalsekretär des europäischen Fondsverbands FEFSI (Federation Europeenne des Fonds et Societes D'investissement). Die vorgesehene Vollbesteuerung von

Dividenden und Kursgewinnen sei eine Diskriminierung und stelle eine offenkundige Verletzung der EU-Verträge dar, sagte Wolfgang Mansfeld, Präsident der FEFSI und Vorstand der Union Asset Management Holding AG. Dies sei umso unverständlicher, als die EU-Kommission wegen der Einführung des Halbeinkünfteverfahrens für die Besteuerung von Dividenden bereits ein formelles Verfahren gegen die Bundesrepublik eingeleitet habe. Sollte der Bundestag das so genannte Gesetz zum Abbau von Steuervergünstigungen tatsächlich in der vorliegenden Fassung verabschieden, will die FEFSI nach eigenen Angaben die Europäische Kommission auffordern, das bereits laufende Verstoßverfahren zu erweitern. (Quelle: www.gatrixx-finanztreff.de)